

Antwort

der Landesregierung
auf die Kleine Anfrage 2602
der Abgeordneten Marie Luise von Halem
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/6593

Nicht abgeforderte Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket

Wortlaut der Kleinen Anfrage 2602 vom 18.12.2012:

In der Ausgabe der Märkischen Oderzeitung vom 11. November wurde berichtet, dass im Landkreis Uckermark in den Jahren 2011 und 2012 ca. 5,5 Mio € aus dem Bundesprogramm Bildung und Teilhabe nicht an die Betroffenen ausgezahlt wurden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hoch sind die Beträge, die in den Jahren 2011 und 2012 (bitte getrennt darstellen) den Landkreisen und kreisfreien Städten in Brandenburg bereitgestellt wurden?
2. Wie hoch sind die Beträge, die in den Jahren 2011 und 2012 (bitte getrennt darstellen) in den Landkreisen und kreisfreien Städten in Brandenburg ausgezahlt wurden?
3. Trifft es zu, dass der Landkreis Uckermark die in 2011 nicht verbrauchten Mittel in den allgemeinen Kreishaushalt eingestellt hat und sie nicht an den Bund zurückführen muss?
4. Wie sind die übrigen Kreise und kreisfreien Städte mit den nicht genutzten/ abgerufenen Mitteln verfahren?
5. Wie beurteilt die Landesregierung die Praxis, diese Mittel zur Sanierung der Kreishaushalte zu verwenden in rechtlicher und sachlicher Hinsicht?
6. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, den Mittelabfluss in den Kreisen zu erhöhen und das Geld damit tatsächlich den bedürftigen Eltern und ihren Kindern zuzuleiten?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Im Ergebnis der Verhandlungen im Rahmen des Vermittlungsausschussverfahrens zum Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch wurden die Kommunen (Landkreise und kreisfreie Städte) an Stelle des Bundes als Träger der Leistungen für Bildung und Teilhabe bestimmt. Folglich handelt es sich bei den Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket um kommunale Leistungen, deren Umsetzung den Landkreisen und kreisfreien Städten obliegt und die sie wie alle anderen kommunalen Aufgaben und Leistungen auch aus ihren eigenen kommunalen Haushalten erbringen müssen. Das heißt, Bildungs- und Teilhabeleistungen werden ausschließlich aus kommunalen Mitteln erbracht.

Zur Finanzierung der den Kommunen zusätzlich übertragenen Aufgabe wurde verabredet, dass sie eine entsprechende finanzielle Entlastung vom Bund erhalten, die aufgrund verfassungsrechtlicher Vorgaben im Wege der indirekten Finanzierung über eine Erhöhung der ohnehin bestehenden Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU) erfolgt. Eine weitergehende direkte Zweckbindung kommt dieser erhöhten Quote der Bundesbeteiligung an den KdU nicht zu. Erstattet werden den kommunalen Trägern der Grundsicherung tatsächlich nur die anteiligen Ausgaben für KdU.

Für die Jahre 2011 und 2012 ist diese Quote der Bundesbeteiligung um bundesweit einheitliche 5,4 Prozentpunkte erhöht (§ 46 Abs. 6 Zweites Buch Sozialgesetzbuch [SGB II]), wobei die Erhöhung auf eigenen Schätzungen des Bundes in Bezug auf zu erwartende Gesamtausgaben für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II und § 6b Bundeskindergeldgesetz (BKGG) beruht.

Erstmalig im Jahr 2013 wird das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) den erhöhten Wert der Bundesbeteiligungsquote an den KdU nach dem SGB II anhand der Gesamtausgaben des Vorjahres (2012) durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates für das Folgejahr festlegen und für das laufende Jahr rückwirkend anpassen (§ 46 Abs. 7 SGB II). Zu diesem Zweck sind die Gesamtausgaben für Bildungs- und Teilhabeleistungen nach § 28 SGB II und § 6b BKGG für das Jahr 2012 erstmals bis zum 31. März 2013 durch die Länder zu ermitteln und dem BMAS mitzuteilen (§ 46 Abs. 8 SGB II i. V. m. § 46 Abs. 6 SGB II).

Frage 1: Wie hoch sind die Beträge, die in den Jahren 2011 und 2012 (bitte getrennt darstellen) den Landkreisen und kreisfreien Städten in Brandenburg bereitgestellt wurden?

zu Frage 1:

Die kommunalen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II des Landes Brandenburg haben im Jahr 2011 insgesamt 28.292.968,43 Euro und im Jahr 2012 insgesamt 27.810.152,65 Euro als erhöhten Bundeszuschuss für KdU nach dem SGB II erhalten. Die erhöhten Bundesmittel, die den kommunalen Trägern erstattet wurden, können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Landkreis/kreisfreie Stadt	Höhe der erhöhten Bundesmittel an den Kosten für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II im Jahr 2011 in Euro	Höhe der erhöhten Bundesmittel an den Kosten für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II im Jahr 2012 in Euro
Barnim	1.845.565,25	1.791.707,83
Brandenburg	1.266.241,84	1.222.970,10

Landkreis/kreisfreie Stadt	Höhe der erhöhten Bundesmittel an den Kosten für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II im Jahr 2011 in Euro	Höhe der erhöhten Bundesmittel an den Kosten für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II im Jahr 2012 in Euro
Cottbus	1.683.757,08	1.686.009,53
Dahme-Spreewald	1.336.599,47	1.276.534,70
Elbe-Elster	1.210.444,23	1.211.158,23
Frankfurt/Oder	1.015.356,55	1.041.306,07
Havelland	1.529.734,63	1.551.875,82
Märkisch-Oderland	2.003.484,38	1.938.462,70
Oberhavel	1.986.877,87	1.910.743,87
Oberspreewald-Lausitz	1.672.690,80	1.638.067,22
Oder-Spree	2.173.323,71	2.112.201,65
Ostprignitz-Ruppin	1.329.408,26	1.291.913,30
Potsdam	1.937.071,83	1.940.597,06
Potsdam-Mittelmark	1.236.413,20	1.226.497,38
Prignitz	1.076.681,73	1.075.543,65
Spree-Neiße	1.401.591,31	1.387.722,95
Teltow-Fläming	1.418.825,80	1.369.451,24
Uckermark	2.161.886,24	2.137.389,34

Aus der vorstehenden Tabelle ist demnach ersichtlich, dass der Landkreis Uckermark in den Jahren 2011 und 2012 rund 4,3 Mio. Euro im Rahmen des erhöhten Bundeszuschusses zu den KdU erstattet erhalten hat.

Frage 2: Wie hoch sind die Beträge, die in den Jahren 2011 und 2012 (bitte getrennt darstellen) in den Landkreisen und kreisfreien Städten in Brandenburg ausgezahlt wurden?

zu Frage 2:

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

Für die Jahre 2011 und 2012 beträgt die erhöhte Bundesbeteiligung an den KdU bundesweit einheitlich 5,4 Prozentpunkte. Die Notwendigkeit zur Ausgabenerfassung ergibt sich damit erstmalig nach Abschluss des Jahres 2012 mit Hinblick auf die Gesamtausgaben des Jahres 2012, die die Bemessungsgrundlage für die erhöhte Bundesbeteiligungsquote an den KdU ab dem 01.01.2013 darstellen. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg wird also die kommunalen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II des Landes Brandenburg um Mitteilung der Gesamtausgaben für Leistungen nach § 28 SGB II und § 6b BKGG für das Jahr 2012 unter Berücksichtigung des Mitteilungstermins 31.03.2013 gegenüber dem BMAS bitten. Aufgrund des noch durchzuführenden Mittelungsverfahrens können der Landesregierung noch keine Angaben über die Gesamtausgaben für die Leistungen nach § 28 SGB II und § 6b BKGG vorliegen.

Frage 3: Trifft es zu, dass der Landkreis Uckermark die in 2011 nicht verbrauchten Mittel in den allgemeinen Kreishaushalt eingestellt hat und sie nicht an den Bund zurückführen muss?

Frage 4: Wie sind die übrigen Kreise und kreisfreien Städte mit den nicht genutzten/abgerufenen Mitteln verfahren?

Frage 5: Wie beurteilt die Landesregierung die Praxis, diese Mittel zur Sanierung der Kreishaushalte zu verwenden in rechtlicher und sachlicher Hinsicht?

zu Frage 3 bis 5:

Die Fragen werden gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die Vorbemerkung, insbesondere die Ausführungen zur Zweckbindung der erhöhten Bundesbeteiligungsquote an den KdU, verwiesen.

Ungeachtet dessen hat die Landesregierung die kommunalen Träger stets darin bestärkt und unterstützt, die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten möglichst unkompliziert und umfassend allen anspruchsberechtigten Kindern und Jugendlichen zugänglich zu machen.

Frage 6: Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, den Mittelabfluss in den Kreisen zu erhöhen und das Geld damit tatsächlich den bedürftigen Eltern und ihren Kindern zuzuleiten?

zu Frage 6:

Leistungen für Bildung und Teilhabe werden auf Antrag erbracht (§ 37 Abs.1 SGB II, § 9 BKGG), können also erst nach Antragstellung in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahme der Bildungs- und Teilhabeleistungen hängt daher ausschließlich von den individuellen, auch von der örtlichen Angebotsstruktur beeinflussten, Bedarfen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ab, die sich in entsprechenden Antragstellungen manifestieren müssen. Darüber hinaus sind an die Gewährung von Bildungs- und Teilhabeleistungen gesetzliche Voraussetzungen geknüpft, die zu beachten sind.

In diesem Zusammenhang wird auch auf die am 07.12.2011 zwischen der Landesregierung und den kommunalen Leistungsträgern der Grundsicherung für Arbeitsuchende abgeschlossene „Gemeinsame Erklärung zur Förderung der Bildung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen aus Familien mit geringen Einkommen“ verwiesen. Sie enthält das Bekenntnis zu der gemeinsamen Verpflichtung, Kinder und Jugendliche dabei zu unterstützen, die Leistungen für Bildung und Teilhabe bestmöglich nutzen zu können.

Im Übrigen wurden auf Bund-Länder-Ebene Möglichkeiten zur Vereinfachung des Verfahrens für den Vollzug des Bildungs- und Teilhabepakets besprochen und vereinbart. Beispielhaft seien insoweit Vereinbarungen zur Vereinfachung der Antragstellung anlässlich des 3. Runden Tisches zu Bildung und Teilhabe (2. November 2011) benannt. Diese beinhaltet, dass der allgemeine Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe mit einem sog. Globalantrag durch Ankreuzen festgehalten werden und somit eine Beantragung „dem Grunde nach“ ohne Feststellung eines konkreten Bedarfs realisiert werden kann. Wenn später eine konkrete Leistung abgerufen wird, kann das Geld rückwirkend ab Globalantrag erstattet werden.